

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 19.03.2009

N i e d e r s c h r i f t

der 26. Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses

am Montag, dem 16.03.2009,

Versailles-Zimmer, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.

Sitzungsdauer: 19:04 - 21:43 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Jörg Asboe

Herr Diedrich Backhaus

Frau Karen-Heide Bernard

Herr Dr. Helge Reinhold Braun

(ab 19:20 Uhr)

Herr Klaus Peter Möller

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Astrid Eibelshäuser Ausschussvorsitzende

Herr Rolf Krieger

Herr Gerhard Merz

Herr Burkhard Schirmer

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Dr. Wolfgang Deetjen

Herr Christian Otto

(bis 21:10 Uhr)

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Tjark Sauer

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Martin Preiß

Außerdem:

Frau Dietlind Grabe-Bolz

SPD-Fraktion

Frau Dr. Bettina Speiser

Fraktion B'90/Die Grünen (ab 19:40 Uhr)

Herr Klaus-Dieter Grothe

Fraktion B'90/Die Grünen (von 19:45 bis 21:10 Uhr)

Herr Johannes Zippel

FW-Fraktion (bis 21:10 Uhr)

Vom Magistrat:

Herr Heinz-Peter Haumann	Oberbürgermeister	(ab 18:17 Uhr)
Frau Gerda Weigel-Greulich	Bürgermeisterin	
Herr Harald Scherer	Stadtrat	

Von der Verwaltung:

Herr Dirk During	Leiter der Kämmerei	
Herr Dietrich Metz	Leiter des Rechtsamts	
Herr Clemens Abel	Leiter der Mittelhessischen Abwasserbetriebe (MAB)	(bis 19:15 Uhr)

Vom Ausländerbeirat:

Herrn Edin Muharemovic		(ab 19:30 Uhr)
------------------------	--	----------------

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth	Schifführer	
-------------------	-------------	--

Gäste/Sachverständige:

Herr Christoph Syring	Geschäftsführer GISPO GmbH	(zu TOP 17)
-----------------------	-------------------------------	-------------

Entschuldigt:

Frau Anja-Verena Helmchen	CDU-Fraktion	
Herr Michael Janitzki	Die Linke.Fraktion	

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Die **Vorsitzende** lässt darüber abstimmen, ob TOP 17 (*Bericht der GISPO GmbH*) in nicht öffentlicher Sitzung behandelt werden soll.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; Nein: Linke).

Die **Vorsitzende** lässt über den Antrag des Magistrats abstimmen, TOP 18 (*Kreditaufnahme*) in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; Nein: Linke).

Die **Vorsitzende** lässt über die Anträge des Magistrats abstimmen, die Tagesordnungspunkte 19 bis 24 (*Ankauf von Grundstücken*) in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; Nein: Linke).

Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

Die **Vorsitzende** stellt fest, dass die Tagesordnung in der nachfolgenden Form genehmigt ist.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Bestellung des Prüfers für den Jahresabschluss der Mittelhessischen Abwasserbetriebe (MAB) zum 31.12.2008
- Antrag des Magistrats vom 03.02.2009 - STV/2229/2009
3. Beteiligungsbericht 2007
- Antrag des Magistrats vom 02.02.2009 - STV/2223/2009
4. Jahresabschluss 2007 der Mittelhessischen Abwasserbetriebe (MAB)
- Antrag des Magistrats vom 03.02.2009 - STV/2230/2009
5. 11. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitätsstadt Gießen "Gewerbepark Lützellinden";
hier: Aufstellungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 06.02.2009 - STV/2235/2009
6. Organisationsbeschluss gemäß § 146 HSchG zur Umwandlung der Brüder-Grimm-Schule in Kleinlinden von einer schulformbezogenen (kooperativen) in eine schulformübergreifende (integrierte) Gesamtschule
- Antrag des Magistrats 19.02.2009 STV/2252/2009
7. Konjunkturprogramme Bund/Land - Umsetzung und Finanzierung von Projekten der Konjunkturprogramme in der Stadt Gießen
- Antrag des Magistrats vom 27.02.2009 - STV/2263/2009

8. Aufsichtsrat der Lahnpark gGmbH STV/2268/2009
- Antrag des Magistrats vom 02.03.09 -
9. Reinigungskräfte (*Antrag der SPD-Fraktion vom 04.08.2008, STV/1833/2008*);
hier: Aussprache zum vorliegenden Bericht des Magistrats
10. Ausbildungssituation bei der Stadt Gießen und ihren Gesellschaften (*Antrag der SPD-Fraktion vom 12.01.2009, STV/2197/2009*);
hier: Aussprache zum Bericht des Magistrats
11. Änderung der Geschäftsordnung STV/2254/2009
- Antrag des Ältestenrates vom 27.01.2009 -
12. 2. Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtlich Tätige in der Stadt Gießen STV/2276/2009
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und FW vom 03.03.2009 -
13. Überprüfung des baulichen Zustands "Alte Post" durch die Denkmalschutzbehörde STV/2269/2009
- Antrag der SPD-Fraktion vom 02.03.2009 -
14. Städtebaulicher Vertrag Kinoneubau STV/2274/2009
- Antrag der SPD-Fraktion vom 02.03.2009 -
15. Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes STV/2275/2009
- Antrag der SPD-Fraktion vom 02.02.2009 -
16. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. **Bürger/-innenfragestunde**

Es liegen keine Fragen vor.

2. **Bestellung des Prüfers für den Jahresabschluss der Mittelhessischen Abwasserbetriebe (MAB) zum 31.12.2008** **STV/2229/2009**
- Antrag des Magistrats vom 03.02.2009 -
-

Antrag:

„Als Abschlussprüfer für den Jahresabschluss der Mittelhessischen Abwasserbetriebe zum 31.12.2008 wird die ANDAMOS GmbH, Gießen, bestellt.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig zugestimmt.

Die **Vorsitzende** stellt die Behandlung des TOP 3 zurück, da Oberbürgermeister Haumann noch nicht anwesend ist.

4. Jahresabschluss 2007 der Mittelhessischen Abwasserbetriebe (MAB) STV/2230/2009
- Antrag des Magistrats vom 03.02.2009 -

Antrag:

- „1. Der Jahresabschluss 2007 wird in der vorliegenden, durch den Wirtschaftsprüfer testierten Form festgestellt.
2. Ein Teil des Jahresgewinns in Höhe von 500.000 € wird an die Stadt Gießen abgeführt, der Rest in Höhe von 1.430.847,97 € wird der allgemeinen Rücklage zugeführt.
3. Dem Betriebsleiter der Mittelhessischen Abwasserbetriebe (MAB) wird für das Geschäftsjahr 2007 Entlastung erteilt.“

Stv. Schirmer sagt, die SPD-Fraktion sei nicht damit einverstanden, dass ein Teil des Jahresgewinnes, 500.000 €, an die Stadt Gießen abgeführt werde. Die Abführung entspreche nicht dem Sinn des KAG. Der Betrag solle dem Eigenkapital der MAB zugute kommen. Die SPD-Fraktion werde daher der Ziffer 2 des Antrages nicht zustimmen.

Beratungsergebnis:

- Den Ziffern 1 und 3 des Antrags wird einstimmig zugestimmt.
- Der Ziffer 2 des Antrags wird mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD; StE: Linke).

5. 11. Änderung des Flächennutzungsplans der STV/2235/2009
Universitätsstadt Gießen "Gewerbepark Lützellinden";
hier: Aufstellungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 06.02.2009 -

Antrag:

„1. Die Aufstellung der 11. Änderung des Flächennutzungsplans „Gewerbepark

Lützellinden“ wird für den in der Anlage dargestellten Geltungsbereich beschlossen.

2. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) ortsüblich bekannt zu machen.“

An der kurzen Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Möller, Merz und Schirmer.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: Linke; StE: SPD).

Nachdem Oberbürgermeister Haumann eingetroffen ist, ruft die **Vorsitzende** TOP 3 auf.

3. Beteiligungsbericht 2007 **STV/2223/2009**
- Antrag des Magistrats vom 02.02.2009 -

Antrag:

„Der als Anlage beigefügte Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2007 der Universitätsstadt Gießen wird zur Kenntnis genommen. Gelegenheit zur Erörterung wurde gegeben.“

Oberbürgermeister Haumann stellt den Beteiligungsbericht kurz vor und beantwortet eine Frage des Stv. Sauer.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

6. Organisationsbeschluss gemäß § 146 HSchG zur **STV/2252/2009**
Umwandlung der Brüder-Grimm-Schule in Kleinlinden von
einer schulformbezogenen (kooperativen) in eine
schulformübergreifende (integrierte) Gesamtschule
- Antrag des Magistrats 19.02.2009

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen beschließt:

1. Gemäß § 146 Satz 1 HSchG wird die Brüder-Grimm-Schule in Kleinlinden ab dem Schuljahr 2009/2010 von einer schulformbezogenen (kooperativen) Gesamtschule, Sekundarstufe 1, in eine schulformübergreifende (integrierte) Gesamtschule, Sekundarstufe 1, umgewandelt.
2. Die sofortige Vollziehung wird im öffentlichen Interesse nach § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 VwGO angeordnet.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig zugestimmt.

7. Konjunkturprogramme Bund/Land - Umsetzung und Finanzierung von Projekten der Konjunkturprogramme in der Stadt Gießen
- Antrag des Magistrats vom 27.02.2009 -

STV/2263/2009

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge folgenden Beschluss fassen:

1. Die Informationen zum Inhalt und zur Abwicklung der Konjunkturprogramme von Bund bzw. Land Hessen werden zur Kenntnis genommen (Anlage 1).
2. Die Beschlussfassung des Magistrats vom 19.02.2009 (Drucksachen MAG/2246/2009, MAG/2247/2009, MAG/2248/2009) und die damit verbundene Anmeldung der Einzelprojekte zur Förderung über die Konjunkturprogramme von Bund bzw. Land Hessen wird genehmigt.
3. Der Magistrat wird beauftragt, die unter 2. genannten Projekte (vgl. Liste Anlage 2) im Rahmen einer möglichst vollständigen Inanspruchnahme der Fördermittel aus den Konjunkturprogrammen von Bund bzw. Land Hessen umzusetzen. Der Bau- und Finanzierungsbeschluss gilt hiermit als erteilt. Der Magistrat wird ermächtigt, über die Durchführung einzelner Maßnahmen zu entscheiden und eine abweichende Durchführungsreihenfolge zu bestimmen.
4. Die im Zusammenhang mit 3. entstehenden außer-/überplanmäßigen Auszahlungen im Haushaltsjahr 2009 und die zur Deckung im Rahmen der Konjunkturprogramme vorgesehenen Kreditaufnahmen werden genehmigt.
5. Der Magistrat wird beauftragt, über den Fortschritt bei den einzelnen Projekten der Stadtverordnetenversammlung zu berichten.“

Die **Vorsitzende** weist daraufhin, dass der Magistrat seine **Vorlage in Ziffer 4 ergänzt**, so dass diese Ziffer lautet:

*„4. Die im Zusammenhang mit 3. entstehenden außer-/überplanmäßigen Auszahlungen im Haushaltsplan 2009 und die zur Deckung im Rahmen der Konjunkturprogramme vorgesehenen Kreditaufnahmen **bis zur Höhe des zugewiesenen Förderkontingents** werden genehmigt.“*

Weiterhin sei die **Vorlage um 4 zusätzliche Projektanmeldungen ergänzt** worden. [Die einzelnen Ergänzungen sowie die ergänzte Gesamtübersicht wurden als Tischvorlage verteilt. Sie sind dem Protokoll als Anlage beigelegt.]

Herr During erläutert die Vorlage. Es handele sich um Konjunkturprogramme des Bundes und des Landes, die sich beide auf den Bereich Schulen sowie auf sonstige Infrastrukturmaßnahmen erstrecken. Das Förderkontingent für die Stadt Gießen betrage insgesamt 29,484 Millionen Euro. Die Anmeldung der Maßnahmen müsse bis Ende April 2009 erfolgen. Da noch keine Sicherheit hinsichtlich der endgültigen Förderlichtlinien bestehe, habe die Stadtverwaltung vorsorglich vom finanziellen Volumen her mehr Maßnahmen

zusammengetragen als das Förderkontingent vorsehe, und zwar etwa das Doppelte.

Fragen der Stadtverordneten Grabe-Bolz und Sauer werden von Oberbürgermeister Haumann, Bürgermeisterin Weigel-Greilich, Stadtrat Scherer und Herrn During beantwortet.

Weiterhin beteiligen sich die Stadtverordneten Möller, Schirmer, Merz und Dr. Deetjen an der Diskussion.

Beratungsergebnis: Ergänzt einstimmig zugestimmt.

**8. Aufsichtsrat der Lahnpark gGmbH STV/2268/2009
- Antrag des Magistrats vom 02.03.09 -**

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung schlägt der Gesellschafterversammlung der gemeinnützigen Lahnpark GmbH zur Wahl in den Aufsichtsrat vor:

Herrn Stadtverordnetenvorsteher Dieter Gail.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

**9. Reinigungskräfte (Antrag der SPD-Fraktion vom 04.08.2008, STV/1833/2008);
hier: Aussprache zum vorliegenden Bericht des Magistrats**

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten zu berichten:

1. Wie viele Reinigungskräfte sind aktuell bei der Stadt Gießen beschäftigt, wie viele waren vergleichsweise im Jahr 2001 beschäftigt?
2. Welche städtischen Flächen werden von Reinigungskräften der Stadt, welche werden von privaten Firmen gereinigt?
3. Wie hat sich die Zahl der in den Gießener Schulen eingesetzten Reinigungskräfte innerhalb der letzten 7 Jahre verändert?
4. Für welche Schulen oder schulischen Flächen wurde in den letzten 7 Jahren die Reinigung an private Reinigungsunternehmen vergeben?
5. Trifft es zu, dass in ein- und derselben Schule sowohl private als auch städtische Reinigungskräfte zu unterschiedlichen Tarifen arbeiten?
6. Gibt es Beschwerden von Seiten der Schulen hinsichtlich der privaten Reinigung? Welche?
7. Welche Maßnahmen hat der Magistrat ergriffen, um die Beschwerden aus dem

Weg zu räumen?

8. Ist beabsichtigt, zukünftig weitere Vergaben der Reinigung von Schulen, die bisher von städtischem Personal gereinigt wurden, an private Reinigungsfirmen vorzunehmen?
9. Wie viele Vergaben im Reinigungsbereich wurden ohne Magistratsbeschluss (bei Vergaben im Auftragswert von 30.000 bis 60.000 €) getätigt?
10. Ist schon eine Entscheidung über die Reinigung des neuen Rathauses getroffen worden?
11. Welche Kriterien werden bei der Vergabe von Reinigungsaufträgen zugrunde gelegt?“

[Der beantwortende Bericht des Magistrats vom 28.08.2008 wurde an die Stadtverordneten versandt. Er ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.]

Stv. Grabe-Bolz, SPD-Fraktion, sieht als Fazit des Magistratsberichtes, dass es eine klare Tendenz der Stadt gebe, bei der Reinigung Personal abzubauen. Der im Bericht gegebene Verweis auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 997/2004 lasse erwarten, dass diese Tendenz zur Vergabe der Reinigungsleistungen an Privatfirmen weitergehe. Weiterhin hebt Stv. Grabe-Bolz hervor, dass laut dem gegebenen Bericht die Beschwerden über mangelnde Reinigungsleistungen bei der Reinigung durch Privatfirmen höher sei als bei der Reinigung durch städtische Kräfte.

Stv. Grabe-Bolz findet es aus qualitativen sowie besonders aus sozialpolitischen Gründen nicht hinnehmbar, dass die Stadt „schleichend“ aus der öffentlichen Reinigung aussteige und privatisiere. Gerade Arbeitnehmer der unteren Einkommensgruppen und hier insbesondere weibliche Beschäftigte würden dadurch benachteiligt, da die Privatfirmen im Reinigungsbereich schlechtere Bedingungen biete als öffentliche Arbeitgeber.

Stv. Dr. Braun, CDU-Fraktion, stimmt zu, dass die Arbeitsbedingungen vieler Reinigungskräfte sehr problematisch seien. Es müsse daher versucht werden, diese Bedingungen insgesamt zu verbessern. Die öffentlichen Flächen seien nur etwa fünf Prozent der insgesamt zu reinigenden Flächen. Der von Frau Grabe-Bolz vorgetragene Ansatz, auf Kosten der Steuerzahler die Reinigungskräfte, die öffentliche Flächen reinigen, besser zu stellen als solche, die private Flächen reinigen, löse nicht das Problem.

Oberbürgermeister Haumann betont, der Magistrat handele nach den einschlägigen Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung vom 14. April 2004 und am 5. Juli 2007. Dies sei von der SPD-Fraktion zu akzeptieren.

Stv. Merz, SPD-Fraktion, antwortet, es sei das Recht der Opposition, die von der Regierungskoalition getroffenen Beschlüsse und ihre Auswirkungen zu

kritisieren.

Der öffentliche Dienst solle der Ausdehnung des Niedriglohnsektors nicht Vorschub leisten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, erklärt die **Vorsitzende** die Aussprache für erledigt.

**10. Ausbildungssituation bei der Stadt Gießen und ihren Gesellschaften (Antrag der SPD-Fraktion vom 12.01.2009, STV/2197/2009);
hier: Aussprache zum Bericht des Magistrats**

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen möge berichten:

1. Wie viele Ausbildungsplätze hat es jeweils bei der Stadt Gießen im Jahr 2005, 2006, 2007, 2008, 2009 (voraussichtliche Zahlen) gegeben. In welchen Berufen erfolgt eine Ausbildung? Welche zukünftige Entwicklung ist bei den Ausbildungsplätzen (Anzahl und Berufe) beabsichtigt?
2. Wie sehen die entsprechenden Zahlen bei den städtischen Gesellschaften, insbesondere Stadtwerke AG, Wohnbau und Mieterservice, aus?“

[Der Bericht des Magistrats vom 16.03.2009 wurde an die Ausschussmitglieder verteilt. Er ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.]

Stv. Grabe-Bolz, SPD-Fraktion, sieht bei den städtischen Gesellschaften Wohnbau und Stadtwerke einen Rückgang bei den Einstellungen von Auszubildenden. Sie fordert vom Magistrat, auf die städtischen Gesellschaften einzuwirken, die Zahl der Auszubildenden zu erhöhen.

Stv. Dr. Deetjen, Fraktion B´90/Die Grünen, zweifelt, ob die Interpretation der vorliegenden Einstellungszahlen durch die Stv. Grabe-Bolz richtig sei. Vor einer Auswertung sei zu fragen, wie die Schwankungen der Einstellungszahlen zustande kamen.

Stv. Sauer, Linke.Fraktion, äußert, die Schwankungen bei den Einstellungszahlen hätten in der Vorlage erläutert werden sollen.

An der Aussprache beteiligen sich weiterhin die Stadtverordneten Möller, Merz und Grothe.

Oberbürgermeister Haumann betont, dass die Stadt und ihre Gesellschaften über ihren Bedarf hinaus ausbilden. Dies werde auch zukünftig so bleiben. Das Engagement in diesem Bereich sei zu loben.

Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, beendet die **Vorsitzende** die Aussprache.

Die Ausschussvorsitzende Eibelshäuser gibt die Sitzungsleitung an den stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Backhaus weiter und verlässt den Raum.

11. Änderung der Geschäftsordnung **STV/2254/2009**
- Antrag des Ältestenrates vom 27.01.2009 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Art. 1: Änderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung.

§ 12 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen vom 10.05.2007 wird wie folgt geändert.

1. Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Die Stadtverordnetenvorsteherin/der Stadtverordnetenvorsteher vermerkt in diesem Fall zu den betreffenden Verhandlungsgegenständen auf der Tagesordnung, dass die Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung beantragt ist und die Vorlagen zunächst vertraulich zu behandeln sind.“

2. Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt zu Beginn der Sitzung über jeden Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit gesondert. Die Abstimmung über den Ausschluss der Öffentlichkeit kann bei Verhandlungsgegenständen, die nicht unterschiedlicher Natur sind, verbunden werden.“

3. Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„Ein Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit ist jeweils unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu begründen, zu beraten und zu entscheiden, wenn er begründet und beraten werden soll. In Übrigen kann über ihn in öffentlicher Sitzung entschieden werden (§ 52 Abs. 1 HGO).“

Art. 2: Inkrafttreten.

Dieser Beschluss tritt am Tag nach der Beschlussfassung in Kraft.“

Stv. Sauer, Linke.Fraktion, sagt, die Prüfung des Antrags sei innerhalb seiner Fraktion noch nicht abgeschlossen. Deshalb werde er sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: Linke).

Die Ausschussvorsitzende Eibelshäuser übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

12. **2. Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtlich Tätige in der Stadt Gießen** **STV/2276/2009**
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und FW vom 03.03.2009 -
-

Antrag:

„Der beigefügte Entwurf einer 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtlich Tätige in der Stadt Gießen wird als Satzung beschlossen.“

Beratungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/Linke).

13. **Überprüfung des baulichen Zustands "Alte Post" durch die Denkmalschutzbehörde** **STV/2269/2009**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 02.03.2009 -
-

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, die Denkmalschutzbehörde damit zu beauftragen, sich ein Bild von dem baulichen Zustand des Kulturdenkmals ‚Alte Post‘ zu machen und zu prüfen, ob es durch den lang anhaltenden Leerstand unwiederbringlichen Schaden genommen hat.“

Die **Vorsitzende** berichtet, dass die CDU-Fraktion im Ausschuss für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr folgenden **Änderungsantrag** gestellt hat:

„Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob in Bezug auf die ‚Alte Post‘ in baulicher und denkmalschutz-rechtlicher Hinsicht Handlungsbedarf für die Universitätsstadt Gießen besteht.“

Die SPD-Fraktion übernimmt die Änderung.

An der kurzen Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Grabe-Bolz und Möller.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig zugestimmt.

14. **Städtebaulicher Vertrag Kinoneubau** **STV/2274/2009**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 02.03.2009 -
-

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, über den Stand und die Gestaltung des städtebaulichen Vertrags zum Neubau des Kinos am Berliner Platz zu berichten.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

**15. Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes
- Antrag der SPD-Fraktion vom 02.02.2009 -**

STV/2275/2009

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, unverzüglich ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen und der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.“

Stv. Schirmer, SPD-Fraktion, betont, die Vorlage eines Haushaltssicherungskonzeptes sei eine haushaltsrechtliche Verpflichtung.

Oberbürgermeister Haumann entgegnet, der Haushalts 2009 sei der Haushalt mit den größten Unabwägbarkeiten der letzten Jahre. Er sei der erste doppische Haushalt. Die Eröffnungsbilanz liege noch nicht vor.

Oberbürgermeister Haumann äußert, im Falle eines Haushaltssicherungskonzeptes müsse zuerst bei den freiwilligen Leistungen angesetzt werden. Er bittet daher, von dem Antrag Abstand zu nehmen.

Stv. Schirmer sagt, die Koalition sei für den defizitären Haushalt verantwortlich. Die SPD-Fraktion wolle von dem Magistrat wissen, welche für die Bürger vorgesehenen Leistungen im Rahmen des geforderten Sicherungskonzept gekürzt werden müssen, weil die Koalition ein solches Rathaus gebaut habe.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/Linke).

16. Verschiedenes

Die **Vorsitzende** weist daraufhin, dass die nächste Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses am 4. Mai 2009, 19:00 Uhr, stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DIE VORSITZENDE:

(gez.) E i b e l s h ä u s e r

DER SCHRIFTFÜHRER:

(gez.) K n o t h